

PRESSEMITTEILUNG

Ärzte gegen Fehlernährung: Breites Bündnis unterstützt Unterschriftenaktion an künftige Bundesregierung – dreizehn Fachorganisationen fordern Politik zum Handeln auf

Berlin – Bereits mehr als ein Dutzend Ärzteverbände und Fachgesellschaften, darunter die Bundeszahnärztekammer und die Deutsche Adipositas Gesellschaft, fordern in einem Offenen Brief an die künftige Bundesregierung sowie an die Vorsitzenden der Parteien im Bundestag eine effektive Prävention nichtübertragbarer chronischer Krankheiten. Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Fachpersonal können sich dem gemeinsamen Appell unter www.aerzte-gegen-fehlernaehrung.de weiterhin anschließen. Die Expertinnen und Experten fordern von der Bundespolitik vier konkrete Maßnahmen gegen Fehlernährung: eine verständliche Lebensmittelkennzeichnung in Form einer Nährwert-Ampel, verbindliche Standards für die Schul- und Kitaverpflegung, Beschränkungen der an Kinder gerichteten Lebensmittelwerbung sowie steuerliche Anreize für die Lebensmittelindustrie, gesündere Rezepturen zu entwickeln.

„Wesentliche Erkrankungen in der Zahnmedizin – wie die Volkskrankheit Karies – sind durch Fehlernährung mitbedingt. Kohlenhydrate, vor allem Zucker, spielen dabei eine zentrale Rolle. Es ist dringend notwendig, gerade bei der Ernährung von Kindern die richtigen Anreize zu setzen“, erklärt Prof. Dr. Dietmar Österreich, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer.

Die Unterschriftenaktion hatte der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) und die Verbraucherorganisation foodwatch gestartet. Mittlerweile haben sich dem Appell zehn weitere Verbände angeschlossen: die Bundeszahnärztekammer, die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin, die Deutsche Adipositas Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie, die Deutsche Herzstiftung, die Diakonie Deutschland, die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin, die Deutsche Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten, die Bundesvertretung der Medizinstudierenden und der Verband der Diabetes-Beratungs- und Schulungsberufe. Die Unterstützerorganisationen fordern Ärztinnen und Ärzte und medizinisches Fachpersonal auf, den offenen Brief mitzuunterzeichnen.

„Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen: Eine aktive medizinische Community ist entscheidend, um die politischen Entscheidungsträger zu überzeugen. Ärzteschaft, Fachverbände und Zivilgesellschaft müssen die Kräfte bündeln und klarmachen: Ohne das entscheidende Eingreifen der Politik können wir die Adipositas- und Diabetes-Epidemie nicht stoppen. Deshalb rufen wir alle Ärztinnen und Ärzte auf, den offenen Brief an die Politik zu unterzeichnen“, sagte der Präsident der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG), Prof. Dr. med. Dirk Müller-Wieland.

Laut dem Robert-Koch-Institut gelten 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen von drei bis 17 Jahren als übergewichtig oder adipös. Im Vergleich zu den 1980er- und 1990er-Jahren hat der Anteil übergewichtiger Kinder damit um 50 Prozent zugenommen, der Anteil adipöser Kinder hat sich sogar verdoppelt. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei Erwachsenen, wo heute 67 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen als übergewichtig oder adipös gelten. Besorgniserregend sind auch die Zahlen der Diabetes-Erkrankungen. In Deutschland leben derzeit 6,7 Millionen Menschen mit Diabetes – eine Steigerung um etwa 38 Prozent seit Beginn des Jahrtausends, altersbereinigt um etwa 24 Prozent. Eine zu kalorienreiche Ernährung, die häufig bereits im Kindesalter erlernt wird, ist einer der Gründe für diese besorgniserregende Entwicklung.

Freiwillige Vereinbarungen mit der Lebensmittelindustrie seien ein Irrweg, erklärten die Autorinnen und Autoren des offenen Briefs. Das zeigten etwa die bislang wirkungslose Selbstverpflichtung von Herstellern, ihre an Kinder gerichtete Werbung einzuschränken sowie das Verhalten von Wirtschaftsakteuren in der Plattform für Ernährung und Bewegung. Der zu erwartende Effekt der von der Bundesregierung geplanten und auf Freiwilligkeit basierenden Strategie zur Reduktion von Zucker, Fett und Salz in Lebensmitteln sei deshalb gering.

Offener Brief an die Bundespolitik, inkl. Teilnahme-Tool für Ärztinnen und Ärzte:
www.aerzte-gegen-fehlernaehrung.de

Über die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG):

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) ist mit mehr als 9.000 Mitgliedern eine der großen medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland. Sie unterstützt Wissenschaft und Forschung, engagiert sich in Fort- und Weiterbildung, zertifiziert Behandlungseinrichtungen und entwickelt Leitlinien. Ziel ist eine wirksamere Prävention und Behandlung der Volkskrankheit Diabetes, von der mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland betroffen sind. Zu diesem Zweck unternimmt sie auch umfangreiche gesundheitspolitische Aktivitäten.

Kontakt für Journalisten:

Pressestelle DDG
Kerstin Ullrich
Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart
Tel.: 0711 8931-641, Fax: 0711 8931-167
ullrich@medizinkommunikation.org

Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG)
Geschäftsstelle
Katrin Bindeballe
Albrechtstraße 9, 10117 Berlin
Tel.: 030 3116937-24, Fax: 030 3116937-20
bindeballe@ddg.info
www.ddg.info

ANTWORTFORMULAR

Bitte informieren Sie mich kontinuierlich über die Themen der DDG.

O Ich möchte ein Interview mit _____
führen. Bitte stellen Sie für mich einen Kontakt her.

O Bitte schicken Sie mir keine Informationen zur DDG mehr zu.

*Wenn Sie keine Informationen der DDG mehr wünschen, senden Sie bitte eine Mail
an: ullrich@medizinkommunikation.org*